Herr Kommissionspräsident

Andrea Caroni

Kommission für Rechtsfragen

Per Mail: zz@bj.admin.ch

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zur parlamentarischen Initiative 22.448 «Pacte civil de solidarité (PACS)» Stellung nehmen zu können. Gerne nehmen wir aus Sicht des Forum Ehe+Familie (FEF), einer Arbeitsgemeinschaft der Schweizerischen Evangelischen Allianz (SEA) zu den vorgeschlagenen Änderungen Stellung.

1. Ausgangslage

Mit der parlamentarischen Initiative Caroni (22.448) soll ein neuer zivilrechtlicher «Pacte civil de solidarité» (PACS) geschaffen werden. Dieser soll Paaren ausserhalb der Ehe einen verbindlichen rechtlichen Rahmen bieten und ausgewählte zivilrechtliche Rechte und Pflichten regeln, insbesondere in den Bereichen gegenseitige Vertretung, Unterhalt und Schutz gemeinsamer Kinder und der gemeinsamen Familienwohnung.

Die Vorlage sieht verschiedene Varianten vor, insbesondere hinsichtlich der Begründung des PACS (öffentliche Beurkundung oder Erklärung vor dem Zivilstandsamt) sowie beim Schutz der Familienwohnung.

2. Grundsätzliche Überlegungen

Aus christlicher Sicht kommt der Ehe weiterhin eine besondere Bedeutung zu. Sie bildet seit Jahrhunderten eine tragende Grundlage für Familie und Gesellschaft und verdient deshalb auch künftig einen besonderen rechtlichen Schutz. Sie schafft den verlässlichsten rechtlichen Rahmen für eine dauerhafte Partnerschaft und bietet die besten Voraussetzungen für das Aufwachsen von Kindern. Stabile und langfristige Ehebeziehungen sind von gesamtgesellschaftlicher Relevanz und tragen nachhaltig zur Prävention von Armut, sozialer Isolation und gesundheitlichen Belastungen bei.

Gleichzeitig ist das FEF überzeugt, dass stabile, verlässliche Beziehungen unabhängig vom jeweiligen Zivilstand einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten. Wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen, sollen unnötige rechtliche Unsicherheiten vermieden werden.

Vor diesem Hintergrund begrüsst das FEF grundsätzlich Bestrebungen, bestehende Rechtslücken zu prüfen. Es stellt jedoch die Frage, ob hierfür zwingend ein neues familienrechtliches Institut geschaffen werden muss.

3. Bewertung der Vorlage

Das FEF anerkennt das Anliegen, Paaren ausserhalb der Ehe eine angemessene rechtliche Absicherung zu ermöglichen. Es stellt jedoch die grundsätzliche Frage, ob für die Einführung eines neuen bundesrechtlichen Instituts ein genügend breites gesellschaftliches Bedürfnis ausgewiesen ist.

Der erläuternde Bericht verweist auf Entwicklungen im Ausland sowie auf die kantonalen Partnerschaftsmodelle. Die bisherigen Erfahrungen, insbesondere in Genf und Neuenburg, zeigen jedoch, dass diese Partnerschaftsformen trotz ihres langjährigen Bestehens nur von einer vergleichsweise kleinen Zahl von Paaren genutzt werden. Gleichzeitig hat die grosse Mehrheit der Kantone bewusst auf die Einführung eines entsprechenden Instituts verzichtet.

Zudem bestehen bereits heute verschiedene Möglichkeiten, das Zusammenleben ausserhalb der Ehe privatrechtlich zu regeln, etwa durch Konkubinatsverträge, Vorsorgeaufträge oder Patientenverfügungen. Es erscheint deshalb angezeigt, den tatsächlichen Mehrwert eines neuen bundesrechtlichen Instituts sorgfältig zu prüfen.

Das FEF ist derzeit nicht überzeugt, dass die Schaffung eines neuen bundesrechtlichen PACS gegenüber gezielten Anpassungen des bestehenden Rechts erforderlich ist. Sie beantragt deshalb, auf die Schaffung eines bundesrechtlichen PACS in der vorgeschlagenen Form zu verzichten. Sollte der Gesetzgeber dennoch einen PACS einführen, ist sicherzustellen, dass dieser institutionell klar von der Ehe unterschieden bleibt und deren besonderen rechtlichen Stellenwert nicht relativiert.

4. Stabile Beziehungen stärken

Aus Sicht des FEF sollte die politische Diskussion nicht allein auf die Schaffung neuer Rechtsformen fokussieren. Ebenso wichtig ist die Frage, wie bestehende Partnerschaften langfristig gestärkt werden können.

Das FEF begrüsst deshalb ausdrücklich das Anliegen des überwiesenen Postulats Jost «Ehen, Partnerschaften und Paare stärken» (23.3883). Dieses verfolgt das Ziel, wissenschaftlich zu untersuchen, mit welchen Massnahmen stabile Paarbeziehungen unabhängig vom jeweiligen Zivilstand gefördert und Trennungen möglichst verhindert werden können.

Langfristig profitieren davon nicht nur die betroffenen Paare und ihre Kinder, sondern auch Gesellschaft und Staat. Dauerhafte Beziehungen vermindern soziale Folgekosten und stärken das familiäre Umfeld.

Das FEF regt deshalb an, die Erkenntnisse dieses Berichts in die weiteren Arbeiten einzubeziehen und die Einführung eines PACS nicht isoliert, sondern im Gesamtkontext einer kohärenten Familien- und Beziehungspolitik zu beurteilen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen für Rückfragen oder einen weiterführenden Austausch gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Doris Bürki
Leiterin FEF

Andi Bachmann
Co-Generalsekretär SEA